



Demonstration der äthiopischen Diaspora (Oromo Community), London Mai 2021.

## ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK

# ÄTHIOPIEN – EIN HALBES JAHR VOR DEN WAHLEN 2026

VON ULRIKE DUFNER UND PAULA CÄCILIE HUMMELSHEIM

Äthiopien steht vor einer kritischen Phase im Vorfeld der Parlamentswahlen 2026. Kennzeichen davon sind die sich verschärfenden bewaffneten Konflikte in den Gebieten Oromia, Amhar und Afa, der schwindende politische Handlungsspielraum der Zentralregierung und eine schwächelnde Wirtschaft – welche im Wesentlichen durch Strukturanpassungsmaßnahmen und Sonderfazilitäten des IWF bzw. der Weltbank seit Juli 2024 gestützt wird.

Der Ende 2022 ausgehandelte Friedensschluss in der Region Tigray hat dort keine stabile Situation hinterlassen, noch immer ist ein erneuter Ausbruch von Kämpfen in Tigray nicht auszuschließen.

Außerdem hat die Regierung den Prozess des Transitional Justice<sup>1</sup> nach einem Jahr abgebrochen. Die Region ist weiterhin gekennzeichnet von den Verwüstungen durch den Krieg, das Gesundheitssystem und die Infrastruktur wie etwa Schulen sind zusammengebrochen und nicht wieder aufgebaut. Weiterhin konnten Millionen von Menschen nicht in ihre angestammten Gebiete zurück. Die landwirtschaftliche Produktion ist zusammengebrochen, andere Einkommensmöglichkeiten gibt es kaum. Darüber hinaus sind in zahlreichen weiteren Regionen des Landes, in Amhara, Oromia und Afar (s.u.), Kämpfe ausgebrochen.

<sup>1</sup> Transitional Justice beschreibt einen insbesondere durch die Wahrheitskommissionen in Südafrika bekannt gewordenen Ansatz eines opferzentrierten gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses.

Der von Abiy Ahmed nach Übernahme der Amtsgeschäfte (2018) angekündigte „nationale Dialogprozess“, der nun eingeleitet werden sollte, wird von nahezu allen gesellschaftlichen Kräften als erforderlich angesehen. Aber er läuft Gefahr, zu einer reinen Augenwischerei zu verkommen: „Zwar hat die Dialogkommission Fortschritte bei der Zusammenführung politischer Akteure erzielt, doch wird ihre Glaubwürdigkeit durch den Ausschluss wichtiger Oppositions- und bewaffneter Gruppen sowie durch Bedenken hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit in Frage gestellt“ (Clingendael, 2025: 1).

Äthiopien steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Schafft es die Regierung, die enormen Herausforderungen – bewaffnete Konflikte, wirtschaftlicher Druck, Hungersnot und soziale Spaltungen – durch Dialog, Inklusion und aktive Bürgerbeteiligung zu überwinden oder greift die Regierung zum Schwert der Repressionen?<sup>2</sup>

**NUR WENIGE MONATE VOR DEN WAHLEN: STEHT ÄTHIOPIEN AN EINEM SCHEIDEWEG? – WAS HAT DIE REGIERUNG AUS DER VERGANGENHEIT GELERNT?**

Im Juni 2026 stehen in Äthiopien zum zweiten Mal seit der Regierungsübernahme durch Abiy Ahmed (2018) und der Auflösung der EPRDF (s.u.) Parlamentswahlen an. Etliche Autor\*innen fragen sich, ob das Land vor den Wahlen in Autoritarismus abgleiten oder aber den demokratischen Weg einschlagen bzw. fortsetzen werde (vgl. Ethiopiantribune 27.10.2025: o.S.)

Ein Blick in die letzten sieben Jahre Äthiopiens, die Jahre seit der Regierungsübernahme durch den Friedensnobelpreisträger Abiy Ahmed, zeigt jedoch, dass es lediglich zu Beginn seiner Amtszeit eine kurze Phase der politischen Freiheiten gab. Abiy Ahmed hatte damals die Regierungsgeschäfte von der EPRDF (Ethiopian People’s Revolutionary Democratic Front) übernommen, einem Bündnis aus den vier führenden regionalen, ethnischen Kräften des Landes.

Die sozialistisch geprägte EPRDF, welche nach jahrelangem Bürgerkrieg 1991 das für seine Brutalität berüchtigte Derg-Regime ablöste und die Macht übernahm, baute Äthiopien in einen föderalen Bundesstaat um, mit starken Kontrollmechanismen der Zentrale bis hin auf die Dorfebene. Die Besonderheit dieses sozialistisch geprägten Systems beruhte auf einer Stärkung der Regionen bei gleichzeitig starker Kontrolle durch die Zentral-

regierung. Die Macht der Zentralregierung basierte auf Patronagenetzwerken, die bis in die Dörfer in den Regionen reichten. Als die EPRDF aus den Wahlen 2005 mit „nur“ rund 60% der Stimmen geschwächt hervorging, verstärkte sie den Autoritarismus, griff zu Repressionen und zwang die Opposition ins Exil. In den darauffolgenden Wahlen (2010, 2015) erzielte sie auf diese Weise erneut die gewünschten Wahlergebnisse mit knapp 95 % im nationalen und 100 % im föderalen Parlament (Yimenu 2025: 30).



INFODATEN ÄTHIOPIEN

Hauptstadt	<b>Addis Abeba</b>
Bevölkerungszahl	<b>132 Mio. (2024)</b>
Menschen in extremer Armut (Einkommen weniger als 3 USD/Tag)	<b>ca. 47 Millionen Menschen in 2021 (38,6% der Bevölkerung)<sup>3</sup></b>
Wichtigste Ausfuhr Güter	<b>Nahrungsmittel, Rohstoffe, Textilien</b>
Wichtigste Abnehmerländer	<b>1. Saudi-Arabien 2. USA 3. Niederlande</b>
Wichtigste Ausfuhr Güter nach Deutschland	<b>Nahrungsmittel und Textilien</b>
Rangliste des Global Gender Gap Index	<b>75/148 (2025)</b>
Rangliste der Pressefreiheit	<b>145 von 180 (2025)</b>
CIVICUS Monitor	<b>Geschlossen (20 von 100 Punkten)</b>
Global Rights Index	<b>4 (Systematische Rechtsverletzungen)</b>
LGBT Equality Index	<b>12 (171 von 197)</b>

Quellen: CIVICUS 2024, Reporter ohne Grenzen 2025, Equaldex 2025, Global Rights Index 2024, Global Gender Gap Report 2025 des World Economic Forum, GTAI 2025, Ethiopia Data - World Bank 2025

Zur ökonomischen Seite der Medaille siehe das Factsheet „Äthiopiens Wirtschaft unter Kriegsbedingungen“.



<sup>2</sup> In diesem Factsheet wird ein Thema nicht behandelt, das aber dennoch durchaus Beachtung verdient: das Gesetz in Äthiopien lässt es nicht zu, sich „nur“ als Äthiopier\*in zu definieren ohne ethnische Zuschreibung. Es ist erforderlich, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie festzulegen, auch dann, wenn eine Person beispielsweise aus einer binationalen Ehe entstammt.

<sup>3</sup> Lt. Weltbank gibt es derzeit Projektionen, wonach der Anteil der Menschen in extremer Armut an der Gesamtbevölkerung in 2026 auf 43% steigt.

Was ihr jedoch nicht gelang, war, das zunehmende Erstarken der regionalen Interessen, die häufig ethnisch geprägt waren, einzudämmen. Die unterschiedlichen Regionen bzw. ethnischen Gruppen innerhalb der EPRDF wehrten sich zunehmend gegen die Dominanz der TPLF (Tigray People Liberation Front). „Obwohl sie in Bezug auf Ressourcen vom Zentrum abhängig waren, erlangten die Regionalstaaten im Laufe der Zeit zunehmende Kapazitäten. Mit der Zeit entwickelte jeder seine eigenen Patronagenetzwerke und erfahrenen Führungskräfte. Die Fähigkeit der TPLF (...) begann jedoch nach dem Tod ihres Führers Meles Zenawi im Jahr 2012 zunehmend zu zerfallen“ (Lyons 2021: 1054). Zunehmend geriet das föderale System in Spannung und die Regionen forderten mehr politisches und ökonomisches Gewicht gegenüber der Zentralregierung, welche eine nationale Entwicklungspolitik (s.u.) einleitete.

Ausgehend von Oromia weiteten sich im Oktober 2016 Proteste der jungen Bevölkerung gegen ökonomische und politische Missstände auf die Regionen in Amhara aus. Der TPLF wurde nicht nur die politische Dominanz und Kontrolle, sondern auch der vornehmliche Profit an den wirtschaftlichen Entwicklungsbemühungen unterstellt. Die Regierung rief daraufhin 2016 den Ausnahmezustand aus: Die Einschränkung des politischen Raums, die Zerschlagung der Oppositionsparteien, die Dezimierung der Zivilgesellschaft und die Verhaftungen unabhängiger Medienvertreter ließen keine Möglichkeiten für friedlichen Widerstand mehr zu. 25 Jahre nach dem Ende des bewaffneten Kampfes stand die EPRDF vor einer Legitimitätskrise, auf die sie mit zunehmender Repression reagierte. Das Modell des Ethno-Föderalismus forderte seinen Tribut gegenüber der Zentralregierung ein, den diese nicht zu „zahlen bereit war“ (Lyons 2021: 1058).

### **ABIY AHMED – VOM FRIEDENSBOTEN ZUM DIKTATOR**

In dieser Situation wurde Anfang 2018 Abiy Ahmed als neuer Anführer der EPRDF jedoch ohne die Unterstützung der TPLF gewählt. Er übernahm die Regierungsgeschäfte eines Landes mit erstarkten Regionen, zunehmend eigenen regionalen Ambitionen und nach einer Phase der harten Repressionen.

Zunächst lockerte er die Restriktionen, ließ politische Inhaftierte frei und ermöglichte vielen Exilpolitiker\*innen die Rückkehr in ihr Heimatland. Die Jahre 2018 und 2019 waren gleichzeitig eine Zeit politischer Liberalisierung und Polarisierung sowie ethnischer Gewalt. In dieser Gemengelage gelang es dem Staat nicht, den Ausgleich der Interessen der Regionen herzustellen. Regionale Interessensgruppen mobilisierten

### **SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN**

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehören die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Akteur\*innen. Weltweit ist verstärkt zu beobachten, dass zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten oder bürokratische und finanzielle Hürden für NGOs. Auch für Einzelpersonen wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist\*innen und Gewerkschafter\*innen reichen von Einschüchterungen über Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

In insgesamt acht Factsheets greift SÜDWIND diese Thematik anhand von Beispielländern aus Afrika, Amerika und Asien auf.

die Bevölkerung entlang ethnischer Linien und brachten sich nicht nur gegen die Zentralregierung, sondern auch gegen andere Ethnien in Stellung (Lyons 2021: 1059f.). Es gelang Abiy Ahmed ebenso nicht, diese aufstrebenden und widerstrebenden Kräfte in den einzelnen Regionen – allen voran die TPLF - in der Nachfolgepartei, der Prosperity Party (PP), einzubinden. Die Entscheidung des Ministerpräsidenten Abiy Ahmed, die für 2020 turnusmäßig anstehenden Wahlen aufgrund der Pandemie zu verschieben, führte schließlich zu landesweiten Protesten. Bereits 2020 – also nur zwei Jahre nach Übernahme der Amtsgeschäfte - griff die Regierung erneut zu Repressionen. Ausgelöst um Landfragen um Addis Abeba wuchs zudem das Misstrauen der Tigray gegen den „Oromo-Ministerpräsidenten“. Die TPLF, welche durch die Auflösung der EPRDF an Macht verlor, lehnte sich daher gegen die Verschiebung der Wahlen auf und führte in Tigray dennoch Regionalwahlen durch, die wiederum von der Bundesregierung nicht akzeptiert wurden. Damit begann ein zwei Jahre dauernder Bürgerkrieg mit grausamsten Folgen und Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung (s.u.).

In dieser Bürgerkriegssituation wurden am 21. Juni 2021 Wahlen unter sehr erschwerten Bedingungen durchgeführt. In Tigray konnte in keinem der 38 Wahlkreise gewählt werden. Ebenso fanden die Wahlen nur in Teilen in den Regionen

Lieferungen von Nahrungsmitteln und medizinischen Hilfsgütern in die Regionen Tigray, Amhara und Afar durch UNICEF Äthiopien (2021).



Oromia, Amhara, Afar und Benishangul-Gumuz statt. Insgesamt fanden keine Wahlen für 178 regionale und 32 föderale Sitze statt (vgl. Yimenu 2025: 32 sowie 41). Zudem nahmen die wichtigsten Oppositionsparteien in Oromia nicht an den Wahlen teil, weil ihre Kandidaten festgenommen und ihre Büros durchsucht worden waren.

Das Ergebnis dieser Politik kann mit folgendem Zitat am besten beschrieben werden: „Die Verhaftung wichtiger Oppositionsführer, der Ausschluss der Region Tigray und die Absage der Wahlen an bestimmten Orten in Äthiopien aufgrund von Konflikten führten dazu, dass wichtige politische Gruppen von den Wahlen grundsätzlich ausgeschlossen waren“ (Bertelsmann Stiftung 2024: 9).

Als Resultat dieser unfairen Wahlen gewann die regierende PP 96,8 % der Sitze im Bundesparlament und 98 % der Sitze in den Regionalparlamenten. Die Legitimität der Regierung, die bis heute die Amtsgeschäfte leitet, ist folglich stark beschädigt und anzuzweifeln. Ethnische Faktoren, die gegen Ende der EPRDF-Regierung an Gewicht gewonnen hatten, sind nun weiter erstarkt. Es ist der PP nicht gelungen, das Land zusammenzubinden. Im Gegenteil: das Land blickt tief in den Abgrund ethnisch motivierter Kriege.

### REDEN WIE EIN UNITARIST ABER HANDELN WIE EIN FÖDERALIST

Auch wenn der Ministerpräsident Abiy Ahmed 2018 öffentlich die Einheit des Landes beschwor, beförderte seine Politik ethnisch-nationalistische Tendenzen: Abiy Ahmed sicherte den unterschiedlichen, insbesondere historisch vernachlässigten Regionen, eine stärkere Stimme und Repräsentanz zu. Er ermöglichte ethnischen Gruppen wie den Kambata, Wolaita, Hadiya und Gamo, welche seit Jahrzehnten nach Autonomie streben, einen Regionalstatus, so dass innerhalb von vier Jahren drei neue Regionen geschaffen wurden. Aber – er versuchte eine Identität Äthiopiens in einer Zeit zu proklamieren, die hierfür unter den Vorzeichen der damaligen politischen Umstände keine Basis gewinnen konnte und eher das Misstrauen gegen die Zentralregierung beförderte.

### DER BÜRGERKRIEG IN TIGRAY

Nachdem die Wahlen 2020 zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben worden waren, leitete die TPLF einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung ein. Im Krieg in Tigray wurde „die äthiopische Armee unterstützt von Streitkräften des Nachbarstaats Eritrea und der Fano-Miliz, die sich aus Angehörigen der Bevölkerungsgruppe der Amhara zusammensetzt. Alle Kriegsparteien zogen mordend und plündernd durchs Land. Während des zwei Jahre dauernden Kriegs in Tigray wurden mehr als 600.000 Menschen getötet, mehr als 120.000 Frauen vergewaltigt und fast zwei Millionen Menschen vertrieben“ (Amnesty International 15.11.2025: o.S.; vgl. auch Amnesty International 2022).

Dieser Bürgerkrieg wurde mit äußerster Brutalität geführt und hatte katastrophale Folgen für die Zivilbevölkerung. Hunger als Waffe, Folter, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen wurden vor allem auch von den Militäreinheiten der Zentralregierung gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Bereits ein halbes Jahr nach Beginn des Bürgerkrieges vermeldeten die Vereinten Nationen, dass über 2 Millionen Menschen von Hungersnot betroffen sind.

Der Krieg in der Tigray-Region und mit der TPLF wurde über internationale Vermittlung im November 2022 mit einem Waffenstillstandsabkommen beendet<sup>4</sup>. Dennoch ist das Abkommen innerhalb der TPLF nicht unumstritten, so dass bereits 2024 erneut Spannungen und Machtkämpfe zwischen zwei Faktionen innerhalb der TPLF ausbrachen. Die Zentralregierung scheint sich mit einer der Gruppierungen zu verbünden und will eine erneute bewaffnete Auseinandersetzung zwischen TPLF und Regierung vermeiden (vgl. Clingendael 2025: 5). Trotz des Waffenstillstandsabkommens sind bis heute Gebiete im Westen von Tigray von regionalen Truppen und Milizen aus der Amhara

<sup>4</sup> Eritrea hat das Pretoria Abkommen nicht akzeptiert, siehe Böll Stiftung (2024), p. 14.


Region, Verbündete der äthiopischen Armee, besetzt. Dies hat zur Folge, dass rund eine Million Menschen bis heute nicht in ihre angestammten Gebiete zurückkehren können und in Zeltlagern nahe der sudanesischen Grenze ausharren müssen. Zudem gibt es Berichte, dass auch heute noch täglich 50-100 Menschen, die aus ökonomischen Gründen oder wegen mangelnder Sicherheit aus West-Tigray fliehen, in den Zeltlagern ankommen (vgl. Lesdos, 22.10.2025: o.S.).


Während es im Tigray-Gebiet keine erneuten Kämpfe gibt (Stand: Ende November 2025), sind seit 2023 kriegerische Auseinandersetzungen zwischen der Zentralregierung und Oromia, Amhara und in Teilen Afars zu verzeichnen. Die Landkarte zeigt, wie groß die Gebiete sind, in denen zur Zeit Bürgerkriegssituation herrscht:

**VERGEWALTIGUNG ALS KRIEGSWAFFE**

Dass die Zivilbevölkerung in Kriegen und Konflikten zur Zielscheibe der Konfliktparteien wird, ist bekannt. Das Ausmaß der Gewalt an der Bevölkerung in Tigray ist dennoch kaum in Worte zu fassen. Die äthiopische Regierung hungerte die

**TABELLE 1: DIE FÜNF HÄUFIGSTEN FORMEN SEXUELLER GEWALT, DIE VON PATIENT\*INNEN IN TIGRAY GEMELDET WURDEN, DIE SICH ZUR MEDIZINISCHEN VERSORGUNG VORSTELLTEN**

 Patientinnen	Anzahl Gesamt = 387	Prozentsatz der Befragten
Vaginale Penetration	355	92%
Vergewaltigung durch mehrere Täter	295	76%
Sexuelle Gewalt, die zu HIV oder sexuell übertragbaren Krankheiten führte	281	73%
Berühren, Begrapschen oder Ziehen an Brüsten und Geschlechtsorganen/Schamhaaren	237	61%
Anale Penetration	229	59%

 Patienten	Anzahl Gesamt = 130	Prozentsatz der Befragten
Anale Penetration	109	84%
Vergewaltigung durch mehrere Täter	58	45%
Berühren, Begrapschen oder Ziehen an Brüsten und Geschlechtsorganen/Schamhaaren	53	41%
Sexuelle Erniedrigung	49	38%
Sexuelle Gewalt, die zu HIV oder sexuell übertragbaren Krankheiten führte	43	33%

Quelle: Physicians for Human Rights and The Organization for Justice and Accountability in the Horn of Africa 2025: 16

Bevölkerung in Tigray aus, sie ließ die Lebensmittelkonvois des Welternährungsprogramms nicht zu den rund 2 Millionen Binnenflüchtlingen vor. Die Lebensgrundlagen der Bevölkerung, die Infrastruktur, die Schulen und medizinischen Einrichtungen wurden zerstört. Die Region wurde um Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Bis heute muss die Landbevölkerung in diesen Gebieten mit humanitärer Hilfe versorgt werden.

Es ist bekannt, dass in Kriegen immer auch Frauen besonders von sexueller Gewalt gefährdet und betroffen sind. Dies gilt auch für die Bürgerkriege in Tigray, Amhara und Afar, auf welche sich die folgende Darstellung bezieht. Es werden hier bewusst begangene Grausamkeiten geschildert, um zu begreifen, was sich hinter den Zahlen verbirgt. Die folgenden Berichte basieren auf einer Studie der beiden Menschenrechtsorganisationen Physicians for Human Rights und The Organization for Justice and Accountability in the Horn of Africa aus dem Jahr 2025. Aus einer Umfrage unter Mitarbeitenden der medizinischen Einrichtungen in Tigray sind brutale Formen von sexueller Gewalt gegen Frauen und Männer zu verzeichnen (s. Tab. 1).

Die sexuelle Gewalt an den Frauen zielt darauf ab, sie zu erniedrigen, sie mit HIV oder anderen Krankheiten zu infizieren, sie zur Geburt von Kindern der Vergewaltiger zu zwingen oder aber zu verhindern, dass sie je wieder gebären können, indem metallische o.a. Gegenstände nach dem Geschlechtsverkehr in den Uterus der Frauen eingeführt wurde (vgl. ebd.: 23ff.). Dass diese Gewalt gezielt und vorbereitet ist und Teil einer Kriegsstrategie darstellt, belegt folgende Schilderung:

*„Sie haben Papier mit geschriebenen Buchstaben in die Vagina der Frauen eingeführt und dadurch Verletzungen verursacht. Ich habe noch immer ein Foto dieser Buchstaben. Wir haben dies bei mehr als einer Klientin gesehen. Die in ihrer Vagina gefundenen Buchstaben enthielten einen Plan zur Rache für 1990 [Äthiopisch-eritreischer Krieg; 1990 bezieht sich auf den äthiopischen Kalender, was umgerechnet auf den gregorianischen Kalender dem Jahr 1998 entspricht], mit dem Ziel, das Volk der Tigrayaner zu vernichten. Sie drohten, die Abstammungslinie der Tigrayaner auszulöschen, den Frauen der Tigrayaner Schaden zuzufügen und die Mütter der Tigrayaner daran zu hindern, Kinder zu gebären. In ihrer Gebärmutter wurden viele Fremdkörper wie Steine und mehr als 10 Nägel gefunden. [Diese Gegenstände blieben] viele Tage lang in der Vagina. Sie erwähnten, dass alle eritreischen Militärangehörigen die Anweisung erhalten hatten, den tigrayanischen Frauen vaginale Verletzungen zuzufügen.“*

(Physicians for Human Rights and The Organization for Justice and Accountability in the Horn of Africa 2025: 17).

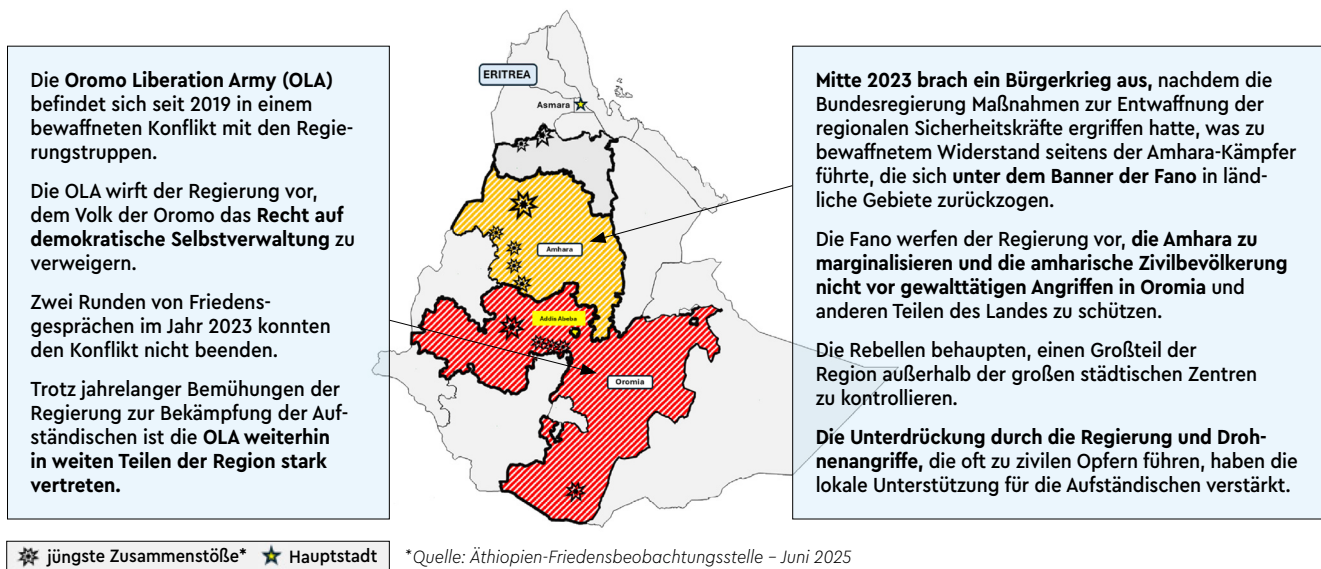


Abb. 1: Bürgerkriege in der Oromia- und Amhara-Region

Die Täter sind Angehörige der bewaffneten Gruppen, 84 % stammen aus Eritrea, 73 % aus dem äthiopischen Militär und 51 % aus bewaffneten Truppen aus Amhara und Fano (vgl. ebd.: 21).

In Tigray waren rund 70-90 % der medizinischen Einrichtungen Anfang 2021 zerstört, so dass 90 % der Überlebenden sexueller Gewalt keine medizinische Versorgung erhalten konnten (vgl. ebd.: 7). Ein Großteil der Opfer von sexueller Gewalt suchte erst durchschnittlich 206 Tage nach dem Vorfall eine medizinische Versorgungseinrichtung auf, nur knapp 3 % erhielten medizinische Versorgung innerhalb von 72 Stunden (vgl. ebd.: 20). Viele der Opfer berichteten, dass medizinische Versorgung aufgrund der Sicherheitslage, Schwierigkeiten beim Transport, fehlender Möglichkeiten zur Finanzierung der medizinischen Versorgung oder kriegsbedingtes Einstellen der medizinischen Versorgungseinrichtungen kaum zu erhalten war. Männlichen Opfer stand auch die Sorge vor zusätzlicher Stigmatisierung im Wege (vgl. ebd.: 32f.).

### TRANSITIONAL JUSTICE

Im Waffenstillstandsabkommen vom November 2022 verpflichteten sich die Regierung Äthiopiens und die Konfliktparteien, die TPLF zu demilitarisieren, die Wahlen von 2020 nicht anzuerkennen und einen Prozess der ‚Transformierenden Gerechtigkeit‘ (im Folgenden verwenden wir den englisch-sprachigen Fachbegriff: Transitional Justice bzw. Just Transition) durchzuführen.

Ende 2022 hat die äthiopische Regierung begonnen, den institutionellen Rahmen für den Transitional Justice Prozess zu schaffen. Dies mündete im August 2024 in einer Roadmap zur Implementierung der Just Transition Politik und dem hierzu erforderlichen gesetzlichen Rahmen (vgl. Ethiopian News Agency, 19. August 2024: o.S.)

### MÄNGEL DES BISHERIGEN JUST TRANSITION PROZESSES

Der Prozess des Transitional Justice, einem Verfahren das insbesondere aus den Wahrheitskommissionen in Südafrika nach dem Ende des Apartheidregimes, aber auch aus anderen Ländern wie Kolumbien uvm. bekannt ist, soll mit dazu beitragen, den gesellschaftlichen Frieden zwischen den Konfliktparteien wieder herzustellen. Letztlich ist ein solcher Prozess auch eine Voraussetzung, um demokratische Strukturen in einem Land nach einem Bürgerkrieg zu stabilisieren und Räume für Zivilgesellschaft zu schaffen.

Ein solcher Prozess stellt jedoch hohe Ansprüche in Bezug auf Inklusivität, Objektivität, Unabhängigkeit und öffentliche Akzeptanz. Sie sind die Bedingung für die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Versöhnungsprozesses. Sie setzen immer voraus, dass die Opfer und gesellschaftspolitischen Akteur\*innen einbezogen und gehört werden. Dass ihre Wunden durch diesen Prozess geheilt werden. Sie bedeuten immer auch, u.a. den Weg für Entschädigungen zu eröffnen. „Im Falle des Transitional Justice Prozesses in Äthiopien engagieren sich jedoch (...) eine Vielzahl von Interessengruppen – oppositionelle politische Parteien, organisierte bewaffnete Gruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen – nicht in nennenswertem Umfang“ (Gashaw, 17.02.2025: o.S.). Ebenso kritisieren Menschenrechtsorganisationen, dass der Prozess des „Transitional Justice“ wie er in Äthiopien umgesetzt wird, nicht die Strafverfolgung der Verbrechen, die vom äthiopischen Militär begangen wurden, beinhaltet. Die im April 2024 verabschiedete Politik für Transitional Justice enthält auch keine konkreten Meilensteine für ihre Implementierung, die insbesondere die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Verfolgung nach Zeug\*innenaussage schützen wür-

de, oder ein Verfahren zur Rechenschaftspflicht aller Tätergruppen (auch der eritreischen) (vgl. Physicians for Human Rights and The Organization for Justice and Accountability in the Horn of Africa 2025: 7).

Entsprechend zeigt sich auch die Europäische Union über den mangelnden Fortschritt enttäuscht und betont die Notwendigkeit einer sinnvollen „Konsultation mit Opfern, Frauen, Jugendlichen, Minderheiten und der Zivilgesellschaft“ (EEAS, 09.09.2025: o.S.)

Ein Transitional Justice Prozess, der nicht den Standards folgt und eher Regierungsinteressen als die Interessen der Opfer ins Zentrum stellt, ist nicht nur zum Scheitern verurteilt. Ein derart geführter Prozess verschärft vielmehr die gesellschaftlichen Konflikte, die es dauerhaft zu befrieden gilt und schwächt die Chancen auf das Erstarken demokratischer, zivilgesellschaftlicher Strukturen in einer Gesellschaft.<sup>5</sup>

## ÄTHIOPIEN VOR DEN WAHLEN IM JUNI 2026

Die innenpolitischen Umstände für eine demokratisch durchgeführte Wahl sind folglich mehr als ungünstig. Die Regierung ist in weitere militärisch geführte Konflikte im Land verstrickt und schafft es nicht, die in der jüngsten Zeit staatlicherseits begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

zur Anklage zu bringen, die Opfer zu Wort kommen zu lassen und zu entschädigen. Angesichts dieser Gemengelage kann nur geschlossen werden, dass die Legitimität dieser Regierung vier Jahre nach der letzten Wahl noch weiter geschwächt ist.

Dennoch scheint die Regierung alles daran zu setzen, die Wahlen im kommenden Jahr gewinnen zu wollen und hierfür das politische „Klima“ zu schaffen

- ▶ Im Oktober 2024 wurden 1.504 NGOs mit dem Argument geschlossen, nicht die Anforderungen des jährlichen Berichtswesens zu erfüllen.
- ▶ Ende Dezember 2024 hat die äthiopische Regierung die führenden vier Menschenrechtsorganisationen verboten.
- ▶ Im Juli 2025 kündigte das Justizministerium an, das NGO-Gesetz aus dem Jahr 2019 reformieren zu wollen. Nach Ansicht von führenden NGOs will die Regierung sich so die Möglichkeit schaffen, direkt in die internen Angelegenheiten von NGOs einzugreifen, den Zugang zu Finanzmitteln zu beschränken und hohe administrative Bürden aufzubauen.
- ▶ Ebenso soll die staatliche NGO-Behörde die Befugnis erhalten, NGOs schließen bzw. verbieten zu können oder deren Registrierung unter dem Vorwand zu versagen, die nationale Sicherheit zu gefährden
- ▶ Ebenso wurde das Medien Gesetz Nr. 1238 aus dem Jahr 2021 im April 2025 derart reformiert, dass

## NACHGEFRAGT

### ZIVILGESELLSCHAFT IM KOMA

#### INTERVIEW MIT DER ORGANISATION FÜR GERECHTIGKEIT UND RECHENSCHAFTSPFLICHT AM HORN VON AFRIKA (OJAH)

„Auf politischer Seite gibt es praktisch keine nennenswerten Oppositionsparteien mehr. Die meisten sind praktisch handlungsunfähig, da ihre Führer und Mitglieder regelmäßig inhaftiert oder Opfer aller Arten von Menschenrechtsverletzungen werden. Es ist fast unmöglich, eine Partei zu finden, deren Mitglieder nicht von Entführung, Inhaftierung oder Schlimmerem betroffen sind.

(...) Was die Zivilgesellschaft angeht, so befinden sich die meisten Organisationen im Koma. Wer es

wagt, sich gegen die Unterdrückung auszusprechen, sieht sich Einschüchterungen, Erpressungen, Zwangsexil oder dem gleichen Schicksal wie ihre Brüder und Schwestern im Gefängnis ausgesetzt. Nehmen wir den landesweiten Streik der Ärzte und Gesundheitsfachkräfte vor wenigen Monaten – sie protestierten nicht einmal gegen Menschenrechtsverletzungen, sondern gegen niedrige Gehälter, schlechte Arbeitsbedingungen und den Mangel an grundlegenden Sozialleistungen und

Sicherheit. Können Sie sich das vorstellen? Erfahrene Fachärzte verdienen weniger als 100 US-Dollar im Monat, und das vor Abzug von 35 % Steuern. Ihre Parolen lauteten „Wir sind hungrig“, nicht „wütend“, sondern „hungrig“. Wo sind sie jetzt? Viele wurden inhaftiert oder erlitten noch Schlimmeres.“

SÜDWIND führte das Interview mit OJAH (Sitz: Washington) am 27.11.2025 per Video-call. Das vollständige Interview können Sie hier nachlesen <https://t1p.de/qijoz> oder über diesen QR-Code.



<sup>5</sup> Auf den (gescheiterten) Versuch des Nationalen Dialogs der äthiopischen Regierung wird hier nicht eingegangen.

die Medienbehörde direkter Kontrolle des Premierministers unterstellt wird und Schutzmechanismen wie die parlamentarische Kontrolle über die Ernennung des Generaldirektors beseitigt werden.

► Schließlich wurde die Lizenz für die Deutsche Welle unter dem Vorwand nicht verlängert, sie würden einseitig gegen die Regierung berichten (Quellen: The Reporter, 5.7.2025; o.S.; Ethiopian Tribune, 27.10.2025; o.S.)

Das Unvermögen der gegenwärtigen Regierung, eine Strategie und Politik zu entwickeln, die das Vertrauen und die Unterstützung der unterschiedlichen Interessen der Regionen und Ethnien zusammenführt, führte letztlich zu dem Bürgerkrieg in der Tigray Region und den folgenden Kriegen in den anderen Gebieten. Dieses Unvermögen ist mit ursächlich dafür, dass keine Lehren aus den Kriegen gezogen und keine strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen oder ein opferzentrierter Prozess des Transitional Justice eingeleitet wurde, welche die Basis für die Legitimität dieser Regierung trotz der Bürgerkriege hätte schaffen können. Dieses Unvermögen ist mit dafür verantwortlich, dass die Regierung vor den Wahlen zum Schwert der Repressionen greift. Die Wahlen selbst dürften dann eine Farce darstellen und den Zustand des Landes weiter dokumentieren.

## FAZIT

Die Politik Äthiopiens ist herausgefordert durch eine jahrzehntelange Politik der Unterdrückung. Bereits zu Beginn der Regierungsübernahme durch Abiy Ahmed stellten ethnisch-politische Fragen eine Herausforderung für das politische System dar. Das föderale Systems Äthiopiens hat es nicht vermocht, diese ethnischen Spannungen zu befrieden und stabile Strukturen zu schaffen. Bis heute muss sich ein\*e Äthiopier\*in auch gleichzeitig zu

einer ethnischen Gruppe „bekennen“. Die Bürgerkriege in den vergangenen fünf Jahren haben ganze Landstriche verwüstet, Millionen von Menschen die Existenzgrundlage geraubt, den Kindern und Jugendlichen ihrer Zukunft beraubt und hunderttausende Frauen traumatisiert. Vor diesem Hintergrund müsste die Regierung alles auf die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Friedens, auf die Strafverfolgung der Verbrechen während der Bürgerkriege und auf einen innergesellschaftlichen, opferzentrierten Versöhnungsprozess setzen.

Dies setzt eine lebendige, freie Zivilgesellschaft voraus. Es setzt ein Konzept einer menschenrechtsbasierten Staatsbürgerschaft voraus. Es setzt eine aktive Einbindung der Gesellschaft in den Wiederaufbau und Entwicklungsprozess des Landes voraus.

Im Rahmen unseres Projektes zu „Shrinking Spaces“ bildet Äthiopien insofern eine Ausnahme, als das Land den Weg zu einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft in seiner Geschichte bisher noch nicht gefunden hat. Es oszilliert vielmehr zwischen dem Versuch eines ethnisch basierten Föderalismus mit stark autoritären Strukturen auf der einen Seite und einem System, das einen nationalen Dialog und Transitional Justice anstrebt - gleichzeitig aber der Zivilgesellschaft den hierfür erforderlichen Raum nicht gibt und stattdessen diese Prozesse gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft zentral zu steuern versucht.

Der derzeitige Präsident scheint entschlossen, die kommenden Wahlen gewinnen zu wollen – koste es was es wolle. ♦

## LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://t1p.de/pxs3f> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



## FÖRDERER

**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen



STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

## IMPRESSUM

Bonn, Dezember 2025

**HERAUSGEBER:**  
SÜDWIND e.V.  
Kaiserstraße 201,  
53113 Bonn  
Tel.: +49(0)228-763698-0  
info@suedwind-institut.de  
www.suedwind-institut.de

**V.I.S.D.P.:**  
Dr. Ulrike Dufner

**BANKVERBINDUNG SÜDWIND:**  
KD-Bank  
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77  
BIC: GENODED1DKD

**AUTORINNEN:**  
Dr. Ulrike Dufner,  
Paula Cäcilie Hummelsheim

**REDAKTION UND LEKTORAT:**  
Dr. Sabine Ferenschild,  
Paula Cäcilie Hummelsheim

**GESTALTUNG:**  
totype design,  
Hamburg

**DRUCK UND VERARBEITUNG:**  
Brandt GmbH,  
Bonn  
Gedruckt auf  
Recycling-Papier

**factsheet**  
Zivilgesellschaft  
unter Druck. Äthio-  
pien - ein halbes Jahr  
vor den Wahlen 2026  
2025-18

